

MOTION DER ALTERNATIVEN FRAKTION

BETREFFEND KULTURBEITRAG AN KLEINE KULTURINSTITUTIONEN IN DEN
KANTONEN ZÜRICH UND LUZERN

VOM 11. JULI 2005

Die Alternative Fraktion hat am 11. Juli 2005 folgende **Motion** eingereicht:

Die Regierung wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zur finanziellen Unterstützung der Alternativ- und Kleinkultur in den Kantonen Zürich und Luzern zu unterbreiten.

Begründung:

Nach dem folgenreicheren Nein des Zuger Kantonsrates betreffend Beitritt zur Vereinbarung über die **interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen**, fehlen den Kantonen Zürich und Luzern 3.8 Mio. Franken. Denn auch der Kanton Schwyz wird nun den bereits gesprochenen Betrag von 2.2 Mio. Franken nicht ausrichten.

Neben der etablierten Kultur haben auch kleine kulturelle Institutionen und Gruppierungen, welche innovativ, zeitgenössisch und experimentell arbeiten, für die kulturelle Szene eine wichtige Bedeutung. Diese Nischenkultur muss einen ebenso festen Platz im kulturellen Umfeld haben wie die grossen, etablierten Häuser.

Die Alternative Fraktion hat im Rahmen der Kantonsratsdebatte vom 7. Juli 2005 davor gewarnt, dass eine allfällige Ablehnung des Kantonsratsbeschlusses insbesondere auf Kosten der Alternativ- und Kleinkultur gehen wird. In den Medien gemachte Aussagen bestätigen nun diese Befürchtungen. Der Tages-Anzeiger vom 9. Juli 2005 zitiert dazu Susanna Tanner, Kulturbeauftragte des Kantons Zürich wie folgt: „Der Spardruck auf kleine Kulturinstitutionen wird zunehmen. Bei den grossen regeln Verträge, wie viele Subventionen der Kanton bezahlen muss.“ Die Budgets der etablierten Häuser seien bereits gemacht, diese Verträge könnten nicht einfach gekündigt werden.

Aufgrund solcher Aussagen macht sich die Alternative Fraktion Sorgen um die vom Nein betroffenen kleinen Kultureinrichtungen, die von Zugerinnen und Zugern ebenfalls gerne und oft besucht werden. Der Zuger Beitrag sollte im Minimum in der Gröszenordnung von 10 bis 15 % der vom Kantonsrat abgelehnten 1.66 Millionen sein.

Das Anliegen der Motion drängt sich umso mehr auf, als die Alternativ- und Kleinkultur vom bisherigen Zuger Beitrag von 1 Mio. Franken nichts bekommen haben. Die Nutzniessenden der Unterstützung soll die Regierung in Absprache mit den Zürcher und Luzerner Behörden bestimmen.

Den Beitrag an die Alternativ- und Kleinkultur versteht die Alternative Fraktion nicht als Alternativvorschlag zur abgelehnten Vereinbarung. Im Gegenteil, es besteht die Meinung, dass die diesbezüglichen Verhandlungen neu aufzunehmen sind, wobei Zug herausgefordert ist, hier die Initiative zu ergreifen.
